

Auftakt Fokusreihe «Täterarbeit bei häuslicher Gewalt» →

Gewalt verhindern, bevor sie eskaliert

Häusliche Gewalt gehört zu den grössten Herausforderungen der Polizeiarbeit. Die Frontpolizei interveniert, doch wie lassen sich gefährliche Entwicklungen frühzeitig erkennen und weitere Eskalationen verhindern? Genau hier setzt das Bedrohungs- und Risikomanagement der Kantonspolizei St. Gallen an. Abteilungsleiter Manuel Niederhäuser erklärt, wie sein Team Gefährdungen erkennt, Täter gezielt anspricht und so dazu beiträgt, weitere Gewalt zu verhindern.

Text: Fabienne Kaderli; Fotos: Kapo SG, Tamedia

Gefährder-
ansprachen
verfolgen das Ziel,
kritische
Entwicklungen
frühzeitig zu
deeskalieren.



Als Manuel Niederhäuser 2018 den Aufbau des Bedrohungs- und Risikomanagements (BRM) der Kantonspolizei St. Gallen vorantrieb, standen zunächst sogenannte IS-Rückkehrer im Fokus. Nach dem operativen Start im Jahr 2019 zeigte sich jedoch rasch, wo der grösste Handlungsbedarf liegt: bei häuslicher Gewalt und Stalking.

Eine separate Einheit für häusliche Gewalt existiert bei der Kantonspolizei St. Gallen zwar nicht – sämtliche Mitarbeitenden bearbeiten die unterschiedlichsten Gefährderlagen –, da aber heute rund 60 bis 70 Prozent aller Fälle des BRM aus diesem Bereich stammen, liegt ein sehr hohes Augenmerk auf dieser Thematik. «Ich bin mir nicht sicher, ob alle Gewaltschutzabteilungen in der Schweiz dies auch so handhaben», sagt Niederhäuser. Niederhäuser ist sich jedoch sicher. «Das oberste Ziel von Gewaltschutzabteilungen in der gan-

zen Schweiz ist das Verhindern von schwerer, zielgerichteter Gewalt.»

Während die Kantonspolizei St. Gallen also häusliche Gewalt und Stalking als zentrale Handlungsfelder ihres Bedrohungs- und Risikomanagements betrachtet, zeigt sich schweizweit ein heterogenes Bild. Das Bedrohungsmanagement liegt in der Verantwortung der einzelnen Kantone, weshalb Strukturen, Ressourcen und Prioritäten stark variieren. Eine nationale Übersicht darüber, welche Polizeikörper über spezialisierte BRM-Einheiten verfügen und welchen Stellenwert sie der Prävention häuslicher Gewalt und Stalking beimessen, existiert bislang nicht.

«Das oberste Ziel von Gewaltschutzabteilungen in der ganzen Schweiz ist das Verhindern von schwerer, zielgerichteter Gewalt.»



Manuel Niederhäuser (links) und sein Stellvertreter Mathis Kelemen bilden das Kernteam des BRM der Kapo SG.

Warnsignale erkennen

Für das Team von Manuel Niederhäuser beginnt die Arbeit dort, wo andere Verfahren oft enden: bei der Auswertung bereits bekannter Vorfälle. Dabei bewegt sich das Team bewusst im sogenannten Hellfeld. Täglich werden Polizeirapporte analysiert und auf mögliche Risikokonstellationen überprüft.

Dabei interessiert nicht nur, was geschehen ist, sondern vor allem warum. Handelte es sich um einen alltäglichen Streit oder steht eine Trennung im Raum? Gibt es Hinweise auf frühere Gewalt, psychische Auffälligkeiten, Suchtprobleme oder Waffenaffinität?

Ergänzt werden diese Informationen durch Hinweise von der Opferhilfe, aus Frauenhäusern, von der KESB oder anderen Behörden. Die Fälle werden regelmässig gemeinsam mit einer forensischen Psychologin beurteilt.

Gefährderansprache statt Einvernahme

Erkennt das Team ein erhöhtes Risiko, folgt häufig eine sogenannte Gefährderansprache. Ziel ist nicht die strafrechtliche Aufarbeitung eines Vorfalls, sondern die Einschätzung und Deeskalation einer potenziell gefährlichen Situation.

«Schlimm wäre es, wenn ein Tötungsdelikt geschieht und wir nachher sagen müssten: Warum haben wir diesen Fall nicht gesehen?»

«Der erste Anruf stellt die Weichen», sagt Niederhäuser. Ähnlich wie bei Verhandlungen komme es darauf an, empathisch und authentisch aufzutreten. Mit aktivem Zuhören werde versucht, eine Beziehung aufzubauen und die Person zu einem Gespräch zu bewegen.

Die eigentliche Gefährderansprache unterscheidet sich bewusst von einer polizeilichen Einvernahme. Im Zentrum stehen die aktuelle Lebenssituation, bestehende Belastungen sowie mögliche Risiko- und Schutzfaktoren. Ziel ist es, nahe an der Person zu bleiben und Entwicklungen frühzeitig zu erkennen.

«Wir sind keine Gewalttherapeuten, sondern versuchen zu deeskalieren, Risikofaktoren zu minimieren und Schutzfaktoren zu stärken.»

Wenn Gespräche nicht mehr genügen

Nicht jede Person ist erreichbar. Gerade in Fällen mit zunehmender Gefährdung kann die Gesprächsarbeit an Grenzen stossen. Dann wird die Vernetzung mit anderen Stellen intensiviert und, sofern rechtlich möglich, werden repressivere

Massnahmen angestossen.

Eine zentrale Rolle spielt dabei die Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft, der Opferhilfe, den Frauenhäusern und weiteren Partnerorganisationen.

«Die Zusammenarbeit ist absolut zentral. Nur gemeinsam sind schwere Gewalttaten verhinderbar.»

Für Niederhäuser gehört diese Vernetzung zu den wichtigsten Erfolgsfaktoren. Das BRM versteht sich dabei nicht als Ersatz für den Opferschutz, sondern als dessen Ergänzung. Gelingt es, einen Gefährder zu deeskalieren, sinkt gleichzeitig auch das Risiko für potenzielle Opfer.



Manuel Niederhäuser

Manuel Niederhäuser ist 1972 im Kanton Thurgau geboren und aufgewachsen. Die Polizeischule besuchte er 1996/97 bei der Kapo SG in St. Gallen. Nach 5 Jahren bei der

Uniformpolizei wechselte er für 15 Jahre in die Abteilung Wirtschaftsdelikte. 2018 übernahm er das Projekt «Bedrohungsmanagement». Seit dem operativen Start der Abteilung im Jahre 2019 ist er als Leiter Bedrohungs- und Risikomanagement tätig. Seit über 10 Jahren steht er zudem als nebenamtlicher Leiter der Verhandlungsgruppe im Einsatz.

Frontpolizei als Schlüssel

Trotz aller Spezialisierung bleibt die Frontpolizei der wichtigste Informationslieferant. Jede Intervention im häuslichen Bereich kann entscheidende Hinweise enthalten.

Niederhäuser betont deshalb die Bedeutung einer sorgfältigen Rapportierung. Gleichzeitig spart er nicht mit Lob: Die Frontmitarbeitenden würden heute mit grossem Augenmass an das Thema herangehen und leisten wertvolle Arbeit.

Dennoch sieht er schweizweit weiteren Handlungsbedarf. Nicht alle Kantone verfügen über ausreichende Ressourcen oder spezialisierte Strukturen. Prävention sei zudem schwierig zu finanzieren, weil ihr Erfolg kaum messbar ist.

Blick nach vorn

«Schlimm wäre es, wenn ein Tötungsdelikt geschieht und wir nachher sagen müssten: Warum haben wir diesen Fall nicht gesehen und aufgenommen?», meint Niederhäuser.

Kommunikation, Deeskalation und Verhandlung gehören zu den zentralen Kompetenzen von Manuel Niederhäuser.

Obwohl die Schweiz in den vergangenen Jahren grosse Fortschritte gemacht hat, sieht er weiteres Potenzial. Die Verantwortung liege jedoch nicht allein bei Polizei und Justiz. Von Seiten der Politik brauche es gesetzliche Grundlagen und die nötigen Ressourcen. Könnte er priorisieren, läge sein Fokus auf der Einführung eines nationalen Gewaltschutzgesetzes, dem Aufbau von nationalen Electronic-Monitoring-Programmen und genügend Ressourcen für Gewaltschutzabteilungen in allen Kantonen.

«Die Polizei hat auf die gesellschaftliche Entwicklung vermutlich wenig Einfluss, die Politik kann die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen zwar schaffen, aber der grosse Teil hängt von der Gesellschaftsentwicklung selbst ab.» Die vollständige Verhinderung von Gewalt werde nie möglich sein. Entscheidend sei aber, Risiken frühzeitig zu erkennen, konsequent zu beurteilen und dort zu intervenieren, wo eine Eskalation droht. Genau darin sieht Manuel Niederhäuser den Auftrag des Bedrohungs- und Risikomanagements. ←

Dieser Beitrag basiert auf der Meinung von Manuel Niederhäuser und widerspiegelt unter Umständen nicht die Meinung des VSPB.

